

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadtgasse 33.
Berechnung der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Ausgabe 15,250
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frangiraten 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postförderung 30 Pf.
mit Postförderung 45 Pf.
Inserate jezt Courantzeit 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellen etc.
— nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 223.

Sonnabend den 11. August 1877.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 12. August nur Vormittags bis 1/9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Die bestehende Vorschrift, wonach **Blumentöpfe nicht ohne gehörige Verwahrung durch Eisenkäse vor die Fenster gestellt werden dürfen**, ist in neuerer Zeit vielfach unbeachtet geblieben, und es sind zahlreiche Anzeigen darüber bei uns eingegangen, daß **Blumentöpfe aus den Häusern auf die Straßen gefallen** sind.
Wir bringen daher hiermit in Erinnerung, daß diese Unvorsichtigkeit in §. 366, 8. des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder verhältnismäßiger Haft bestraft ist, und werden gegen Uebertretungen der gedachten Art jederzeit unnahehaftig einschreiten.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Refr.
Leipzig, den 31. Juli 1877.

Bekanntmachung. II. Bürgerschule.

Wegen inneren Umbaus kann der Unterricht in der II. Bürgerschule erst **Montag den 27. August** wieder beginnen.
Leipzig, den 10. August 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Refr.

Leipzig, 10. August.

Die Kaiser-Zusammenkunft in Jsch! bildet das Tagesereigniß, mit dem sich namentlich die deutsche und die österr. Reichspresse beschäftigt. Wie oft auch die Kaiser Wilhelm und Franz Joseph einander begegnet sind, kaum jemals geschah es unter so eigentümlichen politischen Umständen wie heute. Begreiflicherweise ist man da geneigt, der Zusammenkunft von Jsch! eine große politische Bedeutung beizumessen. Die „National. Corr.“ befreit dies, indem sie Folgendes hervorhebt: Selbstverständlich ist die bedrängte Lage des Kaiserthums in den Berliner Septembertagen des Jahres 1872 der Dritte im Bunde war, zwischen den beiden Monarchen nicht unerwähnt geblieben; auch die voranschreitenden Folgen dieser Lage mögen Gegenstand eines Meinungswechsels gewesen sein. Daß aber auf Grund desselben irgendwelche Entschlüsse gefaßt seien, ist durchaus nicht anzunehmen. Für Deutschland liegt keinerlei Anlaß vor, seine Politik gegenüber der orientalischen Frage zu ändern. Diese Politik ist von Anfang an die der größtmöglichen Reserve gewesen. Das deutsche Reich hat die Bestrebungen zur Herbeiführung eines bessern Looses der Christen in der Türkei, so lange dieselben auf diplomatischem Wege gepflogen wurden, aufrichtig unterstützt; es hat, als dieser Weg sich erfolglos erwies, die Hand von Rußland für den gleichen Zweck schon vorher angelegentlich ruhig gesehen lassen. Rußland hat zwar versucht, sich, indem es den Krieg unternahm, als den Vollstrecker der Wünsche Europas hinzustellen; die deutsche Regierung aber hat dazu geschwiegen und jedenfalls keinerlei Verpflichtung übernommen, im Nothfalle Rußland in dieser Vollstreckungsarbeit Hilfe zu leisten. Bisher ist es bei der Politik geblieben, welche Fürst Bismarck am 5. December v. J. mit den Worten bezeugte: „Ich werde zu irgend welcher activen Theilnahme Deutschlands an diesen Dingen nicht rathe, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Radletiers weith wäre.“ Heute ist die russische Armee in Bulgarien nach glänzenden Erfolgen von schweren Misserfolgen heimgeschickt, aber ist damit für Deutschland irgend welcher Anlaß gegeben, von jener Linie abzugeben? Fürst Bismarck hat die Möglichkeit eines Positionswechsels nur für den Fall in Aussicht gestellt, daß der russisch-türkische Krieg das von Rußland aufgestellte Programm überschreiten würde. Dieser Fall liegt bis jetzt weder nach der einen noch nach der andern Richtung vor. Also ist auch kein Grund einzusehen, weshalb Deutschland aus der bisherigen Reserve herauszutreten sollte. Oesterreich wird ohne Zweifel von den Vorgängen in der Türkei weit unmittelbarer berührt. Aber Niemand kann verkennen, daß seine Interessen durch den dortigen Krieg gerade in diesem Augenblicke weniger bedroht sind, als je vorher. Die „Bedrohung“ wurde hauptsächlich in der Wahrscheinlichkeit russischer Eroberungen an der Donau gefunden. Diese Wahrscheinlichkeit ist aber durch die Wendung des Krieges in den letzten Wochen gewaltig abgeschwächt. Selbst die Benutzung Serbiens für russische Truppenbewegungen, ja die active Theilnahme Serbiens am Kriege würde unter den heutigen Umständen Oesterreich weit weniger Bedenken einflößen können, als zur Zeit des russischen Vordringens mit einer noch unge-

schwächten Heeresmacht. Auch für Oesterreich könnte also schwerlich ein Anlaß vorliegen, seine Stellung zu den orientalischen Dingen zu ändern. Bergedens fragt man sich bei solcher Sachlage, was eigentlich die beiden in Jsch! zusammengetroffenen Monarchen Gemeinames hätten beschließen können. Im Anschluß an ein Gerücht, daß die türkische Regierung unter der Bedingung der Gewährung der Autonomie an Bulgarien unter christlichen Gouverneuren zum Friedensschlusse bereit sei, ist in der Presse von einer in Jsch! zu vereinbarenden Friedensvermittlung die Rede gewesen. Die befreundete Stellung beider Kaiser zu dem Czaren würde aber den Gedanken an eine solche Vermittlung nur zulassen, wenn dieselbe von Rußland ausdrücklich nachgesucht wäre. Dies ist jedoch sicherlich nicht geschehen: Kaiser Alexander mag persönlich dem Frieden sehr geneigt sein, er würde aber wahrscheinlich in seiner Armee und ganz gewiß in seinem Lande auf den bedenklichen Widerspruch stoßen. — Nach alledem wird man sich aller scharsinnigen Conjecturen über die Jsch!er Kaiserbegegnung enthalten müssen. Ohne jede politische Bedeutung ist dieselbe jedoch nicht. Sie beweist auf jeden Fall, daß das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich, und man darf getrost hinzusetzen: daß der Dreikaiserbund bis jetzt auch die Stürme der Orientkrise überdauert hat. Sie gewährt zugleich die Hoffnung, daß dies Verhältnis, welchem allein wohl die Erhaltung des europäischen Friedens zu verdanken ist, auch ferner angekräftigt fortbestehen werde. In diesem Sinne widmen auch Wiener Blätter der Kaiserbegegnung sympathische Betrachtungen, in denen sie namentlich den Familiencharakter hervorheben, welchen der Besuch, den unser Kaiser der österreichischen Kaiserfamilie abstatte, auch in diesem Jahre an sich trägt. „Presse“ schreibt am Schluß eines Ueberblicks über die politische Lage: „Das die Zusammenkunft in Jsch! auch diesmal wie im Vorjahre lediglich als ein neuer Beweis der freundschaftlichen Gesinnung beider Monarchen anzusehen ist und daß hierin die politische Bedeutung dieser Entzweite liegt, nicht aber etwa in besonderen Abmachungen, die getroffen werden sollen, bemerkt schon die Thatsache, daß die beiden erlauchten Monarchen nur von ihrem Hofgesolge, nicht aber von ihren leitenden Ministern begleitet sind, für diejenigen, die eines solchen wahrnehmbaren Beweises bedürfen. Gerade darin, daß bei dieser Monarchenzusammenkunft keinerlei politische Fragen aus der Tagesordnung rufen, möchten wir ihre besondere Bedeutung für die Tagespolitik erblicken. Es wird damit aufs Neue dargethan, daß auch der Krieg, welcher im Orient ausgebrochen, in den freundschaftlichen Wechselbeziehungen der beiden mächtigen Nachbarlande, deren erhabene Monarchen sich in Jsch! die Hand reichen, nichts geändert hat, daß jener Band unwandelnbar besteht, welcher beiden Staaten bisher den Frieden gesichert und den im Orient entbrannten Krieg localisiert hat. Man wird hierin auch eine sichere Bürgschaft sehen dürfen, daß dieser Krieg fernhin auf seinen bisherigen Schauplatz eingeeignet bleibt und daß beim eintretenden Friedensschlusse unser Kaiserthum seine Interessen nicht wahrren können, ohne daß den Völkern unseres Reiches gewaltige Opfer an Gut und Blut auferlegt worden wären.“ — Und das Wiener „Fremdenblatt“ sagt: Die Zusammenkunft in Jsch! fällt mitten in eine Zeit, welche von Sorgen und Gefahren klopft. Wir wissen nicht, welche Ueberraschungen und in die gegenwärtige europäische Constellation tief-

Bekanntmachung.

In der Nähe von Schildau im Kreise Torgau ist der **Coloradokäfer** aufgetreten, und es wird deshalb in Gemäßheit an uns ergangener Verordnung der Königl. Kreisbauhauptmannschaft Folgendes hierdurch verfügt:
1) Jeder, welcher im hiesigen Stadtbezirk Kartoffeln baut, hat die damit bestellten Flächen sofort genau zu durchsuchen und diese Durchsuchung bis auf Weiteres mindestens zwei Mal wöchentlich zu wiederholen.
2) Jeder, welcher auf von ihm bewirtschafteten oder sonst benutzten Grundstücken den Coloradokäfer, dessen Larven oder Eier wahrnimmt oder davon Kenntniß erhält, daß dergleichen daselbst bemerkt worden sind, hat hierüber sofort bei uns Anzeige zu erstatten.
3) Gleiche Verpflichtungen hat jeder, welcher auf fremden Grundstücken solche Wahrnehmungen macht, sofern ihm nicht bekannt ist, daß darüber bereits Anzeige erstattet worden ist.
4) Wer vorstehenden Anordnungen nachzugehen unterläßt, wird um Geld bis zu Dreihundert Mark oder mit entsprechender Haft bestraft werden.
Leipzig, am 10. August 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Refr.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Klemmer **Herr Hermann Vertholz** hier, Plagwitzer Straße Nr. 14, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, den 2. August 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Refr.

greifende Veränderungen aus schon die nächsten Wochen, die nächsten Tage bringen können. Wir glauben aber nicht, daß in der ganzen Welt ein unbefangener, verständig denkender Mensch ist, der nicht diese Kaiser-Zusammenkunft in Jsch! als erfreuliche, beruhigende Erscheinung, als ein leuchtendes Friedenszeichen in so schweren, trüben Tagen willkommen heißen muß. Sie ist jetzt, da so Vieles im Westen geräth und aus den Fragen zu gehen droht, ein unabweisbarer Beweis für den Fortbestand des guten Einverständnisses der beiden Staaten, für die hier wie dort geklärte Erkenntniß aller der Vortheile, welche ein einträchtiges Zusammengehen, ein festes Zusammenhalten inmitten einer so schwer erschütterten Situation gewähren kann. Die beiden Kaiser sind von keinem diplomatischen Generalstab umgeben; das Zusammensein in Jsch! trägt einen herzlichen, familiären Charakter.“

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 10. August.
Kaiser Wilhelm ist am 9. August früh von Jsch! abgereist und wurde vom Kaiser Franz Josef bis Ebnsee begleitet. Der Abschied des Kaisers Wilhelm von dem Kaiser Franz Josef, der Kaiserin Elisabeth und dem Kronprinzen Rudolf war ein sehr herzlicher. Ueberhaupt trat während des ganzen Zusammenseins das aufrichtigste Einverständnis beider Monarchen zu Tage.
Der Kaiser Wilhelm, in dessen Gefolge sich auch der Botschafter am Wiener Hofe, Graf Stolberg, befand, traf am 2 1/2 Uhr Nachmittags in Passau ein und wurde aus dem festlich geschmückten Bahnhofe von der sehr zahlreich versammelten Bevölkerung auf das Lebhafteste begrüßt. Zum Empfange am Bahnhofe waren der Bürgermeister, der Bahnhofinspector und der Militär-Attaché Oberstlieutenant v. Stülpnagel anwesend. Die Abreise erfolgte nach eingezogenem Rabe um 3 Uhr.
Die Forderung der Wiedereinführung der Arbeitsbücher ist bisher, wenn sie abfällig kritisiert wurde, fast ausschließlich vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus beleuchtet worden. Nach dem von conservativer Seite in der letzten Reichstagsession eingebrachten Gesetzentwurf soll bekanntlich das Arbeitsbuch auch eine Angabe des Arbeitgebers über die Ursache der Auflösung des Arbeitsverhältnisses enthalten. Bisher wurde nun immer auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, den Arbeitnehmer in die Zwangslage zu versetzen, sich derartige Angaben von einem Arbeitgeber, mit dem er in Streit geräth, ohne jede Möglichkeit der Abwehr oder Berichtigung gefallen lassen zu müssen. Jetzt macht ein erfahrener Industrieller darauf aufmerksam, daß jene Bestimmung auch für den Arbeitgeber nur eine Belästigung sein würde; denn, wie die Verhältnisse heute nun einmal liegen, werde der Arbeitgeber sich in den meisten Fällen wohl hüten, einem entlassenen Arbeiter irgend etwas Nachtheiliges in das Arbeitsbuch zu schreiben. Sollenbald wenn, wie hier und da gewünscht wird, ein Zeugniß über Betragen und Leistungen des Arbeiters vorgeschrieben wäre, würde der Arbeitgeber, um sehr nachtheilige und sehr ernste Unannehmlichkeiten zu vermeiden, auch dem schlechten Arbeiter eine gute oder wenigstens eine möglichst gleichgültige Note erteilen, und die Autorität des Arbeitsbuchs würde auf diese Weise, statt gestärkt, nur noch mehr geschwächt werden. Es scheint nicht überflüssig, angesichts der bedor-

stehenden Revision der Gewerbeordnung auch diese Bedenken geltend zu machen.
Lord Beaconsfield wird, wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, wahrscheinlich vor dem Schlusse der Session und möglicherweise dieser Tage im Oberhause wichtige Erklärungen über die Politik Englands in der orientalischen Frage abgeben.
Die vor einigen Tagen gebrachte officielle russische Meldung, daß die Generale Krüdener und Schachowskoi die Stellungen behaupten, welche sie vor der Schlacht von Plewna inne hatten, erhält durch den Correspondenten der „Daily News“ Befätigung. Derselbe meldet, daß die beiden Generale, nachdem sie am 31. den Rückzug hinter die Dnna ausgeführt hatten, Gegenbefehl erhielten, sobald die Türken keine Neigung zur Verfolgung landgaben. Sie nahmen hierauf ihre alten Stellungen, General Krüdener mit dem Hauptquartier Tschernik, General Schachowskoi mit dem Hauptquartier Foredim wieder ein und verschanzten sich in denselben, so daß sie nach Ansicht des Correspondenten nunmehr im Stande sind, Osman Pascha den Weg nach Nikolopol oder Siflowa zu verlegen, wenn er dahin vorzudringen versuchen sollte. Der Correspondent hält es übrigens unter den gegenwärtigen Umständen für eine absolute militärische Nothwendigkeit für die Russen, Plewna um jeden Preis zu nehmen, sobald die dazu erforderlichen Verstärkungen eingetroffen sein werden.
Aus Bulgarest verlanct, daß die Russen bei Ditteniga eine neue Brücke über die Donau geschlagen haben und gegen Lutskai marschiren. Die türkische Stellung bei Kadgrab erscheint durch diesen dritten Uebergang der Russen über die Donau sehr gefährdet.
Eine Depesche Osman Pascha's aus Plewna meldet unterm 8. d.: Acht Bataillone Infanterie und acht Escadrons Cavallerie der russischen Corps, welche von den Straßen nach Siflowa und Selvi bebrochen waren, griffen Lofitscha an. Die Garnison von Lofitscha und fünf Bataillone türkischer Truppen, welche mit einer Cavallerie-Abtheilung von Plewna detachirt waren, schlugen die Russen jedoch zurück, welche 300 Tode und eine doppelt so große Anzahl von Verwundeten verloren.
Nach weiteren türkischen Meldungen dauerte der erwähnte Kampf bei Lofitscha neun Stunden. Lofitscha war von vier Bataillonen Infanterie und vier Escadronen Cavallerie angegriffen. „Die Russen wurden vollständig geschlagen und zurückgeworfen.“ — Ein Telegramm Rehem-ali Pascha's aus Schumla vom 7. d. signalisirt ferner ein für die türkischen Truppen günstiges Gefecht bei Kayalar. — Der Gouverneur von Bosnien meldet, daß die Gebiete Dubac und Banjaluca binnen Kurzem von den Insurgenten aufgegeben sein werden. Die Montenegriner, welche neuerdings einen Angriff auf Rolaschin machten, wurden zurückgeworfen.
In Konstantinopel geht das Gerücht, daß ein neuerlicher Angriff der russischen Truppen auf Plewna zurückgewiesen worden sein soll. Es verlanct ferner, daß die Russen in Schipla und Hain Boghaz nur die zur Bewachung dieser Uebergangspunkte nothwendigen Truppen zurückgelassen haben sollen.
Auf die bulgarischen Städte Thrafiens, welche von den türkischen Truppen wiederbesetzt worden sind, namentlich auf Resanik, Kaliser, Carlowo und Jeni-Jagra soll das Kriegsgesetz in Anwendung gebracht werden.